

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 4—6

April—Juni 1961

2 Schilling

Eine historische Verpflichtung

Zuviel der Greuel und brutalen Grausamkeiten, die ein unbarmherzig blutrünstiges Regime geduldet, versteckt befohlen und offen propagiert hat, scheinen eine weite Öffentlichkeit immer mehr und mehr abzustumpfen und einer höchst gefährlichen Gleichgültigkeit anheimfallen zu lassen, wenn die Berichte aus dem Gerichtssaal zu Jerusalem die Leser in ihrem Innersten erschauern lassen sollten. Gefährlich deshalb, weil es der Gründe manche gäbe, solch lässige Geisteshaltung ausgerechnet jetzt nicht zu bekämpfen, doppelt gefährlich vor allem aber deshalb, weil der an Sensationsmeldungen, schreiende Schlagzeilen und schleimigen Klatsch „aus der Gesellschaft“ längst gewöhnte Leser allzu rasch geneigt ist, über die Untaten der Eichmanns, die Todesmärsche und KZ, die fabrikmäßige Tötung und das langsame, qualvolle Auslöschen von Millionen — jawohl, Millionen! — Mitmenschen zur Tagesordnung überzugehen...

Aber ist dieser Prozeß in Jerusalem wirklich nur ein Forum, in dem über einen einzelnen Menschen zu Gericht gesessen wird? Nein! Dieses Gerichtsverfahren ist viel, viel mehr. Es ist eine klare, nüchterne Abrechnung mit einem bis zum Erzeß gesteigerten Machtwahn, wie er sich, gepaart mit Rassenhaß und blutrünstigem Totalitätsstreben, im Nationalsozialismus gezeigt hat. Viel zu langsam haben diesen Eichmanns die Todesfabriken noch gearbeitet. Henken? Genickschuß? Zu-Tode-Schinden? — Erschlagen? Ersäufen? Erschießen? Injektionsspritze? ... Alles unzulänglich und noch viel zu langsam. Die industrielle Vernichtung der Menschen, die fabrikmäßige Verwertung der Leichen mit einer „Kapazität“ bis zu 12.000 pro Tag — das war ihr Ziel, das war das Plansoll eines „Endlösers“ vom Schlage eines Eichmann!

Erinnern wir uns doch einmal genau! Wie viele haben uns Überlebenden denn beteuert und gesagt, ja alles das haben wir doch gar nicht gewußt; das hat es doch nicht gegeben. Ja, wenn wir das gewußt hätten! Da haben uns Hitler und seine Spießgesellen ja ganz gemein belogen und betrogen. Und viele von jenen vielen mögen sogar damit recht gehabt haben. Wenngleich vor gar nicht langer Zeit in irgendeinem Druckerzeugnis auch zu lesen war, die Gaskammern und Verbrennungsöfen existierten gar nicht, seien nicht mehr als bloß verleumderische Erfindungen von Hetzern...!

Ein grausiges Geschehen, das einem noch beim Lesen bloß der Berichte das Blut in den Adern erstarren lassen müßte, unfassbare Orgien unmenschlicher Bestialität werden nun in diesem Eichmann-Prozeß („...man sollte doch schon endlich einmal aufhören damit — jetzt nach so vielen Jahren...!“) an Hand von Dokumenten messerscharf und unerbittlich aufgerollt. Tag für Tag, Bericht für Bericht! Und von nun an gilt die Ausrede nicht mehr: „...das habe ich ja nicht gewußt...“ Von nun an gelten nur noch Tatsachen; Tatsachen, die trotz der umfangreichen Dokumentation noch lange nicht die Ungeheuerlichkeit in ihrer ganzen Größe erkennen lassen und auch gar nicht erkennen lassen könnten.

Nehmet doch ein Menschenschicksal her, nehmt deren zwei aus diesem Heer der Todgeweihten, den Mann, die Frau, das Kind — und ihr werdet vielleicht erlassen können, was sie erduldet und gelitten; das millionenfache Leid jedoch? Wer aber wagt zu sagen, er könnte es erlassen!

Und darum jene Stumpfheit der Herzen, von der wir eingangs gesprochen haben, darum das „...man sollte doch schon endlich einmal aufhören damit — jetzt nach so vielen Jahren...!“.

Und darin liegt auch unsere Aufgabe von heute. Wer sollte unserer Jugend sonst das grauenhafte Geschehen von gestern näherbringen, wenn nicht wir? Wie sollen künftige Generationen sonst davor bewahrt werden, der Dämonie verbrecherischer Massenpsychose zu verfallen, in einem Meer von Blut und Tränen zu ersticken, als durch eine rücksichtslose Aufdeckung der Vielfalt all der Greuel, die geschehen sind, die einer gnadenlosen Zeit ihr Siegel aufgeprägt haben?

Darin liegt der Sinn der großen Abrechnung von Jerusalem, erkennen wir unsere Aufgabe! Gerade das ist unsere historische Verpflichtung!

Niemals vergessen!

Atomrüstung und Sozialismus

Hitler hat im zweiten Weltkrieg die modernste Waffentechnik mit der hemmungslosesten Barberei verbunden. Die letzten Reste menschlicher Gesittung, die trotz aller Grausamkeiten im ersten Weltkrieg noch bewahrt worden waren, wurden hinweggefeht. Der heimtückische Massenmord an wehrlosen Frauen und Kindern, die Zerstörung friedlicher Wohnstätten wurden zum militärischen Tages- und Nachtprogramm. Zu Kriegsbeginn waren noch Aufschreie entsetzter Empörung durch die Welt gegangen, als Hitler das ahnungslose Warschau bombardieren ließ und später das Herz Rotterdams in Trümmer werfen ließ. Aber bald hatten die Alliierten die Luftkriegsmethoden Hitlers übernommen, um ihn schließlich an Vollkommenheit der Vernichtungstechnik weit zu übertreffen. Ein zehntägiger Feuersturm zerstörte 1943 einen großen Teil Hamburgs, eine einzige Nacht brachte 1945 Dresden den Untergang, aber das Furchtbarste kam am Ende des Krieges: In Sekunden wurden die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vom Blitz der Atombomben verbrannt. Nach japanischen Angaben gab es in beiden Städten zusammen 118.000 Tote und Vermisste und 61.000 Verletzte. Alle diese Menschen wurden vernichtet oder verstümmelt, obwohl die Niederlage Japans schon besiegelt war. Vergeblich hatten führende amerikanische Atomwissenschaftler ihr Kriegsministerium bestürmt, die Atombomben nicht abzuwerfen, um hilflose Frauen und Kinder zu schonen; sie stießen auf taube Ohren.

Seither sind die Rauchpilze der Atomexplosionen im Bewußtsein von Millionen Menschen das Symbol der Vernichtung, aber von diesen Millionen wissen nur wenige, daß in den vergangenen fünfzehn Jahren die Vernichtungskraft der Atomwaffen noch einmal um das Tausendfache gesteigert wurde. Die schwersten Bomben des zweiten Weltkrieges enthielten etwa 10 bis 15 Tonnen TNT (Trinitrotoluol), den wirksamsten, bis dahin bekannten molekularen Sprengstoff. Eine solche Bombe konnte einen Häuserblock zerstören und einige hundert Menschen töten. Die Hiroshima-Bombe war in ihrer Sprengwirkung tausendmal stärker. Sie konnte eine ganze Stadt zerstören und hunderttausende Menschen töten. Und sie sandte Strahlen aus, an deren Wirkung heute noch Zehntausende dahinsiechen und unter Qualen sterben. Man dachte, die absolute Waffe sei gefunden, sie mache den Krieg unmöglich, weil ein Krieg mit Atombomben das Ende der Zivilisation bedeuten könne. Aber es dauerte keine zehn Jahre und die Wasserstoffbombe war entwickelt und erprobt. Ihre Wirkung ist tausendmal größer als die der Hiroshima-Bombe, eine Million mal stärker als die größten Bomben des zweiten Weltkrieges. Ihre Zerstörungskraft übertrifft die Wirkung sämtlicher Bomben, die während des ganzen zweiten Weltkrieges auf Deutschland und Japan abgeworfen wurden. Sie kann

Zehntausende Quadratkilometer Landes in eine verbrannte Wüste verwandeln und Dutzende Millionen Menschen töten.

Wir müssen aber noch eine entscheidende Veränderung registrieren, die in diesen fünfzehn Jahren seit dem Abwurf der ersten Atombomben eingetreten ist: das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den beiden großen Gegnern, Amerika und Rußland, wurde hergestellt. Am Ende des zweiten Weltkrieges war die Atombombe ein amerikanisches Monopol. Sechs Jahre später, 1951, hatten auch die Russen ihre Atombombe erprobt. Am 1. März 1954 explodierte die erste amerikanische Wasserstoffbombe beim Bikini-Atoll im Stillen Ozean. Im November 1955 waren die Russen ebenso weit. Das Wettrennen um die schrecklichste Waffe steht heute unentschieden.

Die von Menschen aufgehäufte Vernichtungskraft und die zugehörigen Transportmittel reichen aus, um einen großen Teil der bewohnten Erde in ein ungeheures Trümmer- und Leichenfeld zu verwandeln. Die Gegner stehen einander gegenüber, den Finger am Abzug der Weltuntergangsmaschinen und beobachten einander gespannt und voll Mißtrauen. Dieses Bild müssen wir vor Augen haben, wenn wir von weltpolitischer Spannung hören oder selbst davon sprechen.

Die Angaben über den Stand der Atom- und Raketenrüstung stammen nicht von Rüstungsgegnern, sie werden stolz von den Kriegsministerien und Regierungsoberhäuptern in Ost und West verkündet. Dabei wird auf die Feststellung Wert gelegt, daß ein eventueller Vorsprung der einen Seite sehr bald von der anderen Seite aufgeholt sein werde und daß eben aus diesem Grund das Wettrüsten fortgesetzt werden müsse.

Nach den Wasserstoffbomben kamen die Kobaltbomben, nach den Raketen die militärischen Satelliten; gleichzeitig wird mit der totalen Verteidigung mit dem Bau von unterirdischen Abschußbasen, Fabriken und Städten begonnen und mit allen Mitteln versucht, die schreckliche Wirkung der gegnerischen Waffen zu bagatellisieren, obwohl sie den eigenen Waffen, deren Vernichtungskraft gepriesen wird, aufs Haar gleichen.

Verschwendung für den Wahnsinn

Das alles kostet sehr viel Geld. Man nimmt an, daß Amerika, Rußland und England zusammen etwa 100 Milliarden Dollar pro Jahr für Rüstungszwecke ausgeben. Das ist mehr als das Fünffache des österreichischen Gesamtbudgets für 1961, eine Summe, mit der man — zu österreichischen Baukosten gerechnet — rund 17 Millionen Wohnungen bauen könnte, die in der Ausstattung unseren modernen Gemeindewohnungen entsprechen. Beträge dieser Größenordnung spielen auch im Wirtschaftsleben der reichsten Länder eine große Rolle, für die ärmeren — in unserem Fall vor allem für Ruß-

land — bedeuten sie harte Einschränkungen, den Zwang, die sonst mögliche Erhöhung des Lebensstandards wesentlich zu verlangsamen.

Aber das ist gar nicht die eigentliche, die moralische Problematik der Rüstungsausgaben. Man muß die Vergeudung von Energie und Rohstoffen, von Arbeitskraft und Intellekt vor dem Hintergrund des ungeheuren Elends sehen, das zwei Drittel der Menschheit in seinen Krallen hält. Man muß das klägliche Feilschen um bescheidene Beträge hören, wenn es um echte Hilfe aus echten Nöten geht, um die ganze Bedeutung dieser Art wahnsinniger Verschwendung zu ermessen. Wenn die Steuerkraft der Industriestaaten kaum ausreicht, um den uner-sättlichen Schlund der Rüstungsgier zu stopfen, so können sie den Entwicklungsländern nur dann wirklich helfen, wenn sie ihren derzeitigen Lebensstandard merklich senken. Das von ihnen zu erwarten, ist zu optimistisch. Würden sie aber die Rüstungsausgaben vermindern, wäre großzügige Hilfe ohne Einschränkungen für das eigene Volk möglich. Welche Alternative zur sinnlosen Aufhäufung immer neuer Mordwaffen!

Zu den abscheulichsten Merkmalen der Atomrüstung zählt die Wirkung der Atombombenversuche. Die Erprobung einer einzigen Wasserstoffbombe der Art, wie sie im Jahre 1954 von den USA und, wenig später, von England und Rußland durchgeführt wurde, fordert durch

die radioaktive Verseuchung von Luft, Wasser und Boden aller Wahrscheinlichkeit nach rund 100.000 Menschenleben: Krebs, Leukämie und andere Krankheiten nehmen auf der ganzen Erde zu. Unsere Kinder speichern das gefährliche Strontium 90 in ihren Knochen, und Tausende von ihnen werden noch nach Jahrzehnten an den jetzt schon Jahre zurückliegenden Versuchsexplosionen zugrunde gehen. Mit vollem Recht werden daher die Atombombenversuche als das Verbrechen der Zukunft bezeichnet. Kein Rüstungsfanatiker und Atomstrategie hat die Möglichkeit, sich mit Unkenntnis dessen zu entschuldigen, was er mit solchen Versuchen verbricht, und zwar an allen Völkern, nicht nur an denen, deren Regierung die Versuche anordnet.

Die Atomrüstung hat die Verteidigung unmöglich gemacht. An ihre Stelle ist die Vergeltung getreten. Wenn der Angreifer ein Land zerstört und dessen Bevölkerung nahezu ausgerottet hat, können weder Wohlstand noch Freiheit und Menschenwürde gerettet werden. Der Angegriffene hat nur noch die Kraft, den Gegner ebenfalls zu vernichten. Letzte, von beiden Seiten geführte Schläge würden die ganze Weltbevölkerung mit in den Abgrund reißen.

Das ist ein schrecklicher Ausblick, und viele Menschen weigern sich instinktiv, ihn zur Kenntnis zu nehmen, so wie man sich aus Angst

Briefe an Lucyna

Eine verzweifelte Mutter schreibt an ihr Kind



Und ich hatte Glück. Nach einiger Zeit wurde das Tor geöffnet und die zur Umsiedlung Bestimmten herausgetrieben. Ich zitterte so sehr, das mir alles vor den Augen verschwamm. Doch plötzlich durchzuckte mich ein schmerzhaft grelles Licht. Ich erblickte Deinen Vater! Lucyna, mein liebes, liebes Kind! Er schwankte, blaß und ausgemergelt, über das Straßenpflaster, unter dem Arm seinen Goethe, in der Hand das Köfferchen.

„Salomon!“ rief ich leise. „Wanda!“ Es klang wie ein er-sterbender Schrei. Papa fuhr sich mit der Hand ans Herz, und er war totenblaß im Gesicht. Ich wollte auf ihn zustürzen, ihn umarmen, ihn stützen, doch ich wurde weggestoßen, und ich sah, wie ein Gummiknüppel auf meinen armen Salomon niedersauste. Mit größter Anstrengung wandte er sich noch einmal um und rief mir zu: „Wir machen einen Ausflug. Gram dich nicht, Liebes! Grüß mir meine kleine Lucyna!“ Das waren die letzten Worte, die ich von ihm hörte. Es waren die letzten Worte überhaupt, die er auf dieser Welt zu uns beiden sprach, mein Kind. —

Hier endete der erste Brief.

Lucyna nahm das nächste Blatt und las weiter:

Soll ich nun noch weiter berichten? Mich schaudert. Und doch fühle ich in mir die Verpflichtung, Dir die volle Wahrheit in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit zu offenbaren, denn nur in der Erkenntnis des Ungeheuerlichen liegt vielleicht die Möglichkeit, es zu besiegen und vom Bösen zu genesen.

Ungefähr eine Woche nach jenem Ereignis wünschte mich ein fremder Mann in Arbeiterkleidung zu sprechen. Ich fragte mißtrauisch nach seinem Begehr. Heutzutage läßt man keinen fremden Menschen mehr ohne Mißtrauen in seine Behausung. Er sagte, er habe mir eine Nachricht von Doktor Herz zu überbringen. Mein Kind, Du wirst Dir vorstellen können, wie rasch ich ihm da die Tür öffnete und ihn in mein Zimmer bat. Ich fieberte vor Verlangen, etwas zu erfahren, und fragte: „Wie geht es ihm? Ist er gesund? Macht ihm sein Herz nicht allzusehr zu schaffen?“

Der Mann zog das kleine Goethe-Bändchen aus der Tasche und überreichte es mir wortlos. Verblüfft fragte ich: „Warum

schickt er mir das?“ — „Er braucht es nicht mehr.“ — „Wie meinen Sie das?“ — „Wörtlich.“ Und er wiederholte den Satz noch einmal, ganz langsam, als wolle er mir Wort um Wort einhämmern: „Er — braucht — es — nicht — mehr...“ — „Ich habe es immer befürchtet, sein Herz!“ jammerte ich und sank auf einen Stuhl.

Der Mann schaute mich scharf an. Dann fragte er: „Wollen Sie die Wahrheit wissen?“ Ich nickte. Er schwankte noch einen Augenblick, dann sagte er schroff: „Die Zeit kennt kein Erbarmen mit uns. Deshalb dürfen wir nicht wehleidig sein.“

Hören Sie zu: Die Juden aus dem Getto, denen man einen Auszug versprochen hatte, machten ihren Auszug zu uns nach Treblinka. Die meisten schienen es zu wissen oder zu ahnen, daß es sich dabei nicht um einen lustigen Maiausflug handeln würde. Doch Ihr Herr Gemahl — ich erkannte ihn sofort, als er aus dem Güterzug kletterte...

Der gute Herr Doktor schien jedenfalls nichts zu ahnen. Mich sah er überhaupt nicht, denn er schaute nur immer verzückt auf die Bäume im Wald und lauschte dem albernem Tirili der Vögel... Also der gute Herr Doktor ging zufrieden lächelnd und nichtsahnend wie ein Engel dorthin, wohin man ihn haben wollte. Er merkte auch noch nichts, als es hieß: alle Sachen abgeben! Das schien ihm ganz natürlich.

Nur das Büchl wollte er nicht aus der Hand geben. Doch der diensthabende Offizier forderte ihn ziemlich barsch dazu auf. „Bitte“, sagte da der Herr Doktor mit einem schüchternen Lächeln, „würden Sie wohl so freundlich sein, darauf besonders zu achten? Es ist ein Goethe. Er ist mir besonders teuer. Das werden Sie ja verstehen“, fügte er noch hinzu, so, als ob der andere auch ein gelehrter Herr oder Professor wäre, der in den Büchern studiert.

Der Offizier verzog seinen Mund zu einem gemeinen Grinsen und sagte: „Sie können ganz beruhigt sein.“ Erleichtert kam nun der Herr Doktor der Aufforderung nach, sich splinternackt auszuziehen — auch seinen goldenen Kneifer mußte er abgeben —, und er verstand nicht, daß sich viele sträubten, in die Badekabine zu gehen. „Seien Sie doch froh, daß Sie sich endlich wieder einmal ordentlich waschen können, auch die Desinfektion wird unseren Kleidern nur guttun.“ So sagte er und nahm mit sichtlichem Vergnügen das kleine Stück Seife, das ihm gereicht wurde, und roch daran. Doch der Geruch schien ihm nicht zu behagen, denn er rümpfte ein klein wenig die Nase.

Dann schritt er arglos den schmalen Korridor entlang, in dem dicke Rohre gelegt waren, und trat in den angegebenen Raum. Er schien sich zu wundern, daß in einem einzigen Waschraum so viele Menschen zusammengepfercht wurden. Doch zum Wundern blieb ihm keine Zeit mehr. Er war der letzte, der in diese Kabine trat. Hinter ihm wurde die Tür geschlossen, hermetisch, und dann wurden die Hähne aufgedreht, aber keine Wasserhähne, meine liebe gute Pani, sondern Gashähne.

Nach einer Viertelstunde wurde die Tür wieder geöffnet, und wir mußten die Leichen hinaustragen, auf Karren legen und in den Wald führen, wo sie in ein riesiges Massengrab geworfen wurden...

weigert, in einen Abgrund zu blicken. Aber es kann nicht klar genug ausgesprochen werden: Atomrüstung ist die Vorbereitung zum Atomkrieg. Atomkrieg bedeutet nicht Sieg oder Niederlage einer Nation oder einer Gesellschaftsordnung, sondern das Ende.

Der Atomkrieg wird gesellschaftsfähig

Es ist nicht zu fassen, aber es ist so. Zahlreiche Politiker, Militärs, Techniker und Geschäftsleute stellen den Atomkrieg als ein durchaus mögliches, um nicht zu sagen wahrscheinliches Ereignis dar, für das man sich entsprechend vorbereiten muß. Da es aber sinnlos wäre, für den Weltuntergang Pläne zu schmieden, wird der Atomkrieg entgegen besserem Wissen verharmlost. So liest man in einer Broschüre eines kalifornischen Forschungsinstituts*) unter dem Titel „Eisenbahntransport nach Atomangriff“, daß man bisher in der Einschätzung der Folgen eines solchen Angriffes viel zu pessimistisch gewesen sei. Voll unfreiwilliger grausiger Ironie heißt es wörtlich: „Die verbleibenden Hilfsquellen einschließlich des geschulten Eisenbahnpersonals würden mehr als ausreichend sein, um die für die »Nachangriffsbevölkerung« notwendigen Güter zu transportieren.“ In einem kleinen, mit heiteren Zeichnungen illustrierten Heftchen, das der amerikanische Großkonzern Western Electric für seine Arbeiter und Angestellten herausgab**), werden unter Berufung auf den gesunden Hausverstand (Common sense) Verhaltensmaßregeln für den Fall eines Atomkrieges gegeben, die ein wenig an die Luftschutzmaßnahmen des zweiten Weltkrieges erinnern: Wasserleitung abdrehen, Ofen auslöschten, einen kleinen „Heimbunker“ bauen und einrichten — mit Angaben über Art, Preis und Bezugsquelle der notwendigen Ausstattung. Wir lesen, daß „im Angriffsfall solche Vorbereitungen für Sie und Ihre Familie das Überleben bedeuten können. Im größeren Maßstab können sie bedeuten, daß unsere Nation fähig ist, die Schlacht fortzusetzen und zu gewinnen...“

Die Auffassung vom gesellschaftsfähigen Atomkrieg verbreitet sich wie eine Seuche. Auch die militärischen und Zivilschutzmaßnahmen einer Reihe neutraler Staaten zeigen, wie sehr man sich an das Undenkbare gewöhnt. Statt alle moralischen und politischen Kräfte für die Beendigung des Rüstungswahnsinnes zu mobilisieren, mit der sittlichen Autorität derer, die nur Opfer sein können, bereiten sie sich selbst auf den Atomkrieg vor, um ihn auf diese Art indirekt zu bejahren. Sogar bei den Herbstmanövern des österreichischen Bundesheeres wurde ein Atomrauchpilz verwendet, der nach den vergnügten Meldungen der Tagespresse außerordentlich realistisch gewesen und vom Bundesminister für Landesverteidigung gelobt worden sein soll.

(Fortsetzung folgt)

*) Research for Industry, Stanford Research Institute, California, Vol. 12, No. 4, July-August 1960.

**) Common Sense Preparedness, The Economics Press, Inc., New Jersey 1957.

Es bleibt dabei:

Franco-Spanien ist eine Polizeidiktatur

Im vorigen Monat wurde ein 64jähriger Mann aus dem Gefängnis von Burgos in Nordspanien entlassen; nach Ablauf einer fünfzehnjährigen Haft, zu der man ihn im Jahre 1946 verurteilt hatte. Er verließ das Gefängnis als kranker Mann, nahezu erblindet, die Folge einer Krankheit, die er sich in der Haft zugezogen hat, und praktisch ohne jede Aussicht, jemals wieder Arbeit zu finden.

Sein Name ist Eduardo Villegas.

Er war einst einer der führenden Köpfe der spanischen Gewerkschaftsorganisation UGT. Wie andere Gewerkschafter war er gezwungen, im geheimen für die Gewerkschaft zu arbeiten. Und eines Tages erging es ihm, wie es so vielen anderen tapferen und unabhängigen Gewerkschaftern ergangen ist. In einer Vorstadt Madrids wurde der Wagen angehalten, in dem Villegas saß, er wurde verhaftet, vor Gericht gebracht und verurteilt.

Das Tragische ist, daß Fälle wie dieser nicht allein stehen und zum spanischen Alltag gehören. Sie ereignen sich immer wieder.

Ebenso erging es dem Vorsitzenden der UGT, der etwa zur gleichen Zeit wie Villegas verhaftet wurde: er starb im Gefängnis. Nach Angabe der Gefängnisbehörden nahm er sich das Leben, aber die Autopsie zeigte, daß in seinem Leib kaum ein Knochen heil geblieben war.

Im Gefängnis Carabanchel in Madrid befinden sich noch 111 politische Gefangene, größtenteils Gewerkschafter, von denen 74 überhaupt nicht vor Gericht gestellt worden sind. Heute noch werden Gewerkschafter zum Tode verurteilt für Taten, die zwanzig Jahre zurückliegen, Streiks werden als „Militäraufstand“ behandelt, und die Unterdrückungskampagne gegen Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter, die sich ihrer Haut wehren, auch wenn sie gar nicht den Gewerkschaften angehören, nimmt immer schärfere Formen an.

In dieser Lage haben sich die beiden nichtkommunistischen Gewerkschaftsinternationalen zusammengefunden. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichten sich der Internationale Bund freier Gewerkschaften und der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften zur aktiven Unterstützung der demokratischen Organisationen Spaniens, die gegen Franco kämpfen, und erklären, niemals das Franco-Regime oder seine Scheingewerkschaften als Vertreter des Willens des spanischen Volkes und seiner Arbeiterschaft anerkennen zu wollen.

Die Bedeutung dieser Erklärung ist deutlich genug in einer Zeit, in der demokratische Regierungen bereit sind, gegenüber den Untaten dieses Polizeistaats ein Auge zuzudrücken und ihn als gleichberechtigten Partner in die OECD und andere internationale Organisationen aufzunehmen. Hoffen wir, daß dieses unumwundene Verdammungsurteil dazu beitragen wird, diesem Verfall zu steuern.

Wenn jetzt zum erstenmal die beiden Internationalen eine gemeinsame Erklärung dieser Art abgegeben haben, so ist das ein Anzeichen dafür, daß die freien Gewerkschaften entschlossener sind als je, die nichtkommunistische Welt von dieser schwärenden Wunde, wie sie Spanien darstellt, zu befreien.

Abteilungen des Sozialministeriums übersiedelt

Ab 3. Mai 1961 befindet sich die Abteilung 22 (Opferfürsorge) des Bundesministeriums für soziale Verwaltung in Wien I, Franz-Josefs-Kai 47.

Auch die Abteilung 31 (legislative Jugendfürsorge und Kleinrentner) und die Abteilung 33 (administrative Jugendfürsorge) sind übersiedelt und werden ab 3. Mai in Wien II, Ausstellungsstraße 44, amtieren.

Unbesungene Helden — nur in Berlin?

Nach dem Erscheinen von Kurt R. Grossmanns Buch „Die unbesungenen Helden“, das die opferfreudigen Taten aufrechter Menschen für ihre jüdischen Mitbürger in der Hitlerzeit schildert, wurde in Berlin durch den Berliner Innensenator Lipschitz (SPD) ein Hilfsfonds „Unbesungene Helden“ gegründet, um allen den Personen helfen zu können, die damals Juden verborgen oder unterstützten und heute selbst in Not geraten sind.

Verwalter des Fonds wurde der Generalsekretär der Verfolgtenverbände in Berlin, Rechtsreferent Rolf Loewenberg. Ein Gespräch mit Loewenberg, der selbst wegen seiner jüdischen Herkunft verfolgt wurde, ergibt einige verblüffende Tatsachen. Während der Zeit des nazistischen Unrechtsstaates haben Berliner Bürger ihr letztes Hab und Gut geopfert, um Juden zu helfen. Ein Mann verkaufte seinen ganzen Besitz nach und nach, um auf dem Schwarzmarkt Lebensmittel und Brotmarken für jüdische Menschen zu kaufen. Der Mann lebt heute in Berlin und wurde 1960 öffentlich von Innensenator Lipschitz ausgezeichnet. Loewenberg sagt: „Durch dieses bewundernswerte, menschliche Verhalten konnten viele Verfolgte vor dem Konzentrationslager, dem Zuchthaus oder dem Schafott bewahrt werden. Dieser Helferkreis der »Unbesungenen Helden« steht heute im vorgerückten Alter und befindet sich häufig in wirtschaftlich bedrängten Verhältnissen.“

Der Senat von Berlin hat über den Fonds hinaus, der aus Spenden errichtet wurde, einen „Ehrensold“ mit einem hohen Geldbetrag für solche Menschen gestiftet, die geholfen haben. Auch das Berliner Zahlenlotto stützte die Einlagen des Fonds.

Die Anträge zur Anerkennung einer solchen Tat werden vielfach von den überlebenden Opfern der Hitlerzeit, aber auch von Zeugen gestellt. Von 1200 Anträgen, so berichtet Loewenberg, sind 200 positiv beschieden worden, die teilweise legendäre Taten umfassen, die aber absolut belegt sind. Die Ermittlungen sind sehr schwierig, werden aber mit größter Gründlichkeit durchgeführt. Die Art der Anerkennung erfolgt durch Verleihung einer Ehrenurkunde des Senates von Berlin. Der Regierende Bürgermeister Brandt und Innensenator Joachim Lipschitz unterzeichnen diese Urkunde. Es werden einmalige und auch laufende Unterstützungen gewährt. Die „Ehrenunterstützungen“ sind wider-



Der aus Tiegenhof bei Danzig stammende und jetzt in einer Gemeinde des Kreises Tübingen wohnende ehemalige SS-Oberscharführer Otto Haupt ist nach einer Mitteilung des Stuttgarter Generalstaatsanwalts unter dem Verdacht festgenommen worden, KZ-Verbrechen begangen zu haben.

Haupt, der sich in Untersuchungshaft in Tübingen befindet, war nach den Vorermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg von 1940 bis 1944 im Konzentrationslager Danzig-Stutt-hof als Sanitäter im Häftlingskrankenbau eingesetzt. Er wird beschuldigt, im Krankenrevier rund 100 kranke oder arbeitsunfähige Häftlinge durch Benzinspritzen in die Herzgegend getötet zu haben.

Genossen, die zu den gegen Haupt erhobenen Beschuldigungen Aussagen machen können, werden ersucht, sich zu melden.

... daß
es uns
weiterhin
gut geht:



TRAINER

Sparen — natürlich bei der
ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN

ruflich. Für die Anerkennung als „Unbesungener Held“ ist maßgeblich, daß der Betreffende während der Nazi-zeit in „nicht unerheblichem Maße“ Schutz und Hilfe gewährt hat, daß er seinen Wohnsitz in West-Berlin hat und im Falle der Ehrenunterstützung bedürftig ist. Leider waren die Menschen, die sich als Nothelfer darstellten, in fast allen Fällen heute in wirtschaftlicher Not. Selbstverständlich wurde auch eine Reihe von Personen ohne finanzielle Anerkennung ausgezeichnet, die aus wirtschaftlich gut situierten Kreisen kommen.

Der Kummer dieser für ganz Deutschland einmaligen und nun seit drei Jahren gepflegten Aktion ist es, daß es nicht gelang, sie auf die Bundesrepublik auszudehnen. Man schrieb die deutschen Länder an, die meisten verschanzten sich hinter bürokratischen Etatfragen und rechtlichen Bedenken. Einige antworteten gar nicht. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich nun im September 1960 nochmals an die Ministerpräsidenten der Bundesländer gewandt und sie aufgefordert, dem Berliner Beispiel zu folgen. Es ist heute noch nicht zu übersehen, ob es endlich ein Echo geben wird.

Dazu Loewenberg: „Die Arbeitsgemeinschaft der Verfolgtenverbände in Berlin ist der Meinung, daß die Ehrung der »Unbesungenen Helden« nicht nur ein Politikum, sondern eine unabdingbare Ehrenpflicht des deutschen Volkes ist.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich in einem privaten Gespräch vor wenigen Wochen der Schriftsteller Kurt Grossmann kurz vor seinem Rückflug von Berlin nach New York, der geistige Vater und Initiator des Gedankens, jüdische Dankbarkeit, aber auch und vor allem die Dankbarkeit des deutschen Volkes diesen einfachen Männern und Frauen unbeugsamen Gewissens gegenüber zu beweisen.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Paul Blau, Karl Blei, Marie Emhart, Hein Hamacher (Köln), Rosa Jochmann, Wilhelm Krell, Hubert Mader, Ludwig Metzger, Rudolf Trimmel.



„Man desertiert niemals aus Weltanschauung, sondern immer nur aus Feigheit“

Der Österreichische Presserrat hat in einer Sitzung am 28. April 1961 über den Fall Staatssekretär a. D. Grubhofer kontra „Wiener Montag“ festgestellt, daß ein im „Wiener Montag“ veröffentlichter Artikel über Staatssekretär Grubhofer gemäß § 7 (1) der Statuten des Presserates gegen die guten Sitten verstößt und damit einen durch die öffentliche Aufgabenstellung der Presse nicht gedeckten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellt. Es hat also dadurch der Verfasser des Artikels und der „Wiener Montag“ die Berufspflichten der Presse verletzt und das Ansehen der Presse geschädigt. Nun ist allgemein bekannt, daß die Sympathien des „unparteiischen“ „Wiener Montag“ im bürgerlich-konservativen Lager liegen, und es ist ebenso bekannt, daß im „Wiener Montag“ jede Gelegenheit benutzt wird, die Sozialisten anzugreifen. Daß diese Haltung jetzt so weit geht, auch demokratische Politiker der ÖVP anzugreifen, denen die Demokratie mehr als ein Lippenbekenntnis ist, ist zwar nicht überraschend, aber doch einigermaßen neu.

Man könnte über die Stellungnahme des Presserates zu dem Angriff gegen den aus der Regierung ausgeschiedenen ÖVP-Staatssekretär zur Tagesordnung übergehen und es dem einzelnen überlassen, daraus seine Schlüsse zu ziehen — wenn nicht immer wieder gerade im „Wiener Montag“ gegen alle jene Angriffe geführt würden, die Freiheit und Demokratie über alles gestellt haben.

Am 27. März 1961 ist im „Wiener Montag“ ein Beitrag unter dem Titel „Im schlichten Urteil“ erschienen, der sich mit der Person des Spitzenkandidaten der SPD bei den kommenden Bundestagswahlen in Westdeutschland, Bürgermeister Willi Brandt, befaßt. Genosse Brandt, die Verkörperung des Kampfes für die Freiheit Berlins, wird in diesem Beitrag als ehemaliger Emigrant bezeichnet, und dann wird ein Leserbrief zitiert, in dem es heißt: „Man desertiert niemals aus Weltanschauung, sondern immer nur aus Feigheit.“ Diese Behauptung selbst aufzustellen, hat sich der „Wiener Montag“ denn doch nicht getraut; da mußte schon ein Leserbrief zitiert werden. Es geht dann weiter: „Verhält sich der Emigrant im Ausland passiv, dann ist es soweit gut, dann war er nur feig. Kämpft er aber als Emigrant politisch oder militärisch aktiv gegen seine frühere Heimat, dann mag er zwar bisweilen nicht feig sein, aber er durchbricht in sich eine entscheidende Hemmungsschwelle. Er wird dann mit dieser Handlungsweise zum Feind seiner Heimat, und die Heimat wird zu seinem Feind.“

Der Schreiber dieses Beitrages hat aus der Geschichte

Von neuen Büchern

Lucyna Herz. Roman von Gerda Hagenau. Marion-von-Schröder-Verlag G. m. b. H., Hamburg. DM 16.80.

Millionen Erschlagene, Erschossene, Vergaste pochen an das Gewissen einer Welt, die sich lange genug taub gestellt hat. Was damals unschuldigen Menschen angetan wurde, das ist in Bildern, Dokumenten und Gerichtsprotokollen für immer festgehalten. Am eindringlichsten wirkt aber das Einzelschicksal.

Die Schriftstellerin Gerda Hagenau hat nun in ihrem Roman „Lucyna Herz“ das erschütternde Schicksal einer Warschauer Familie beschrieben.

Salomon Herz, ein Rechtsanwalt jüdischer Herkunft, ist mit einer tiefgläubigen Katholikin verheiratet. Lucyna, die „halbjüdische“ Tochter, studiert in Paris, als Hitler Polen überfällt. Später erfährt sie aus den Briefen der verzweifelten Mutter, wie der gütige, sich bis zum furchtbaren Ende nicht von „seinem“ Goethe trennende Vater zugrunde gegangen ist.

nichts gelernt. Er hat zum Beispiel anscheinend auch noch nie etwas von den Protestantenaustreibungen aus Österreich gehört; — also schon damals wohl nur eine „Emigration aus Feigheit“, und keine unter härtestem moralischem und wirtschaftlichem Druck erzwungene Auswanderung?

Wer hat eine größere Opferbereitschaft an den Tag gelegt: Jene, die es in der Zeit des braunen und schwarzen Faschismus verstanden haben, sich den Parolen der Faschisten schön brav anzupassen, oder gar mit ihnen zusammenzuarbeiten, es sich zu richten, die auch von den Konzentrationslagern und den Judenverfolgungen nichts, aber schon gar nichts wußten — oder jene, die den Kampf gegen Unterdrückung und Unrecht konsequent von allen Stellen weitergeführt haben, von denen aus dies möglich war.

Wenn heute die Mächte der Finsternis und der Reaktion wieder laut werden, wenn heute wieder versucht wird, jenen, die ihrer Gesinnung treu geblieben sind, illusionistische Lebensuntüchtigkeit oder Feigheit und Verrat vorzuwerfen, dann müssen alle zusammenstehen, denen unsere wiedererstandene Republik Österreich wirklich am Herzen liegt, und mit allen Mitteln gegen diesen Ungeist ankämpfen.

Es ist beschämend, daß es heute in einer in Österreich erscheinenden Zeitung überhaupt möglich ist, in einer solchen Form zu schreiben. Und es beweist aufs neue, daß es noch immer nicht gelungen ist, die Menschen unseres Landes restlos mit Abscheu vor den Verbrechen des Faschismus zu erfüllen. Unsere Parole muß immer und immer wieder in die Herzen und Hirne der Menschen eingehämmert werden:

Niemals vergessen!

Junge Autoren klagen an

Es ist fürwahr der Beachtung wert, daß Menschen der jüngeren Generation gerade jetzt zwei Veröffentlichungen herausgebracht haben, die sich mit der dunkelsten Vergangenheit befassen. Gerhard Schönberger hat eine Dokumentation in Wort und Bild „Der gelbe Stern, die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945“ und Manfred Schlösser zusammen mit Hans-Rolf Ropertz Lyrik der Freiheit, etwa 500 Gedichte aus den Jahren 1933 bis 1945, die in der Verbannung, im Konzentrationslager, im Getto oder als Zeugnis des inneren Widerstands entstanden sind, unter dem Titel „An den Wind geschrieben“ veröffentlicht. Sie sind von bekannten und unbekannten Dichtern.

Was die grenzenlose Brutalität des fluchwürdigen Systems zeigt, muß man sehen: sie läßt sich kaum beschreiben. Auch der Verfasser begnügt sich damit, statt eigener Worte an den geeigneten Stellen Anordnungen der Machthaber, Berichte von Verfolgern und Verfolgten sowie andere Dokumente zu bringen. Eine aufwühlende Lektüre!

Als Ouvertüre lesen wir aus „Stuckart/Globke, Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung“:

„Kein nach der nationalsozialistischen Revolution erlassenes Gesetz ist eine so vollkommene Abkehr von der Geisteshaltung und der Staatsauffassung des vergangenen Jahrhunderts wie das Reichsbürgergesetz.“

Die neue „Geisteshaltung“ wird auf den folgenden Seiten schrecklich und erschreckend illustriert. „Ich habe es gesehen“ ist der Bericht eines Bauingenieurs überschrieben, der schildert, wie Juden — Männer, Frauen, Kinder — sich nackt in ihr Grab legen mußten und dann von der SS erschossen worden sind. Auch davon ist in dem Buch die Rede, daß die SS Häftlinge als billige Arbeitskräfte an große Industriebetriebe vermietet hat, wo diese Unglücklichen bis zum physischen Zusammenbruch ausgeschunden wurden.

Aus einem Bericht eines Vorstandsmitglieds der IG-Farben, Dr. Otto Ambros, an seine Direktion vom 12. April 1941 entnehmen wir:

„Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen.“

Von einem Häftling wurde im Nürnberger Prozeß ausgesagt, daß „selektierte“ Häftlinge — die für die Gaskammer bestimmt waren — ohne Schuhe und Leibwäsche auf offene Lastwagen (auch im Winter) geworfen wurden und daß solche Wagen mit den sich sträubenden und schreienden Häftlingen teilweise durch das IG-Werksgelände gefahren sind.

Die Tagesmeldungen des SS-Generals Stroop (vom 19. April bis 16. Mai 1943) schildern in dünnen, kalten Worten — gerade deswegen um so erregender — die Vernichtung des Warschauer Gettos und seiner Menschen. Herr Stroop hat sich wohl selbst kaum klargemacht, welches Urteil er sich und seinen Mördern sprach, als er die Worte niederschrieb:

„Immer wieder konnte man beobachten, daß trotz der großen Feuersnot Juden und Banditen es vorzogen, lieber wieder ins Feuer zurückzugehen, als in unsere Hände zu fallen.“

„An den Wind geschrieben“ beginnt mit einem Wort des Dichters Paul Celan „Der Tod ist ein Meister aus Deutsch-

land". Manfred Schlösser, der unter nationalsozialistischer Herrschaft geboren ist, schenkt in seiner Einleitung sich selbst und uns nichts. Hier sind junge Menschen, die fragen, bohren, Bestandsaufnahme machen und nicht lockerlassen. Helfen wir, daß sie und das, was sie zusammengetragen haben, gehört und gelesen werden!

Vieles fällt einem schwer auf die Seele. So, wenn wir in einem Brief des Dichters Karl Wolfskehl lesen, den er aus seinem Exil an einen in Deutschland gebliebenen Freund im Herbst 1946 geschrieben hat:

„Damals warf sie mich aus, die Heimat, heute, ein volles Jahr, nachdem das, von dem Ihr Euch als von einem Spuk oder Nachtmahr befreit fühlt, mit dem Köstlichsten der Heimat zusammengebrochen ist, hat die Heimat durchaus vergessen, daß es den deutschen Dichter Karl Wolfskehl noch gibt, wahrscheinlich vergessen, daß es ihn je gegeben hat.“

Wolfskehl ist im Exil gestorben. Wir sehen, die Wiedergutmachung ist ein weites Feld, und sie ist bei weitem nicht nur eine Frage der materiellen Hilfe. Ob die alle jene, die seit 1945 irgendwo in politischer Verantwortung standen und stehen, alles getan haben? Gewiß, die Schwierigkeiten sind nach dem Zusammenbruch über uns zusammengeschlagen, und wir kamen kaum zum Atmen. Und trotzdem, auch wir sollten uns fragen lassen. Den professionellen Kritikern sagt Manfred Schlösser zum Abschluß seiner Einteilung zu der erregenden Anthologie ein Wort von Karl Kraus:

„Wer jetzt etwas zu sagen hat, der trete vor und — schweige.“

Nichts sollte man zu den Gedichten sagen: Man sollte sie lesen und hören. Sie sprechen als Zeugnisse für sich. Über die Dichter ist im dokumentarischen Teil einiges Biographisches gesagt. Und auch das erweckt tiefes Interesse. Seien wir dankbar, daß es unter uns junge Menschen gibt, die helfen, daß notwendige Arbeit getan wird.

Verbrechen sollen gesühnt werden

In München wurde eine Polizeisonderkommission mit der Fahndung nach den Verantwortlichen für die Judenerschließungen während des Krieges im Osten betraut, die aus 48 sorgfältig ausgesuchten bayrischen Kriminalbeamten besteht. Die Bildung dieser Kommission erfolgte auf Veranlassung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, welcher der Staatsanwaltschaft München I die zentrale Fahndung nach NS-Verbrechern übertragen hat.

Bereits vor zwei Jahren wurde durch das Landeskriminalamt München eine Sonderkommission gebildet, in der 28 Beamte den ganzen Komplex zu bearbeiten hatten. Mit der Zeit wuchs der Umfang des Materials jedoch so an, daß der Präsident des Landeskriminalamtes, Hans Schneider, die Zahl der für diese Aufgabe eingesetzten Kriminalbeamten auf 48 erhöht hat.

Gegenwärtig befaßt sich diese Gruppe mit der Überprüfung von Verbrechen gegen Juden in der Ukraine, in Mittelrußland und in Polen, die durch die diversen Einsatzgruppen, vor allem aber durch die „Einsatzgruppe D“, der hauptsächlich Mitglieder der Polizei und des SD angehörten, verübt worden sind.

Die Ermittlungen dieser Sonderkommission sollen sich auf einige tausend Personen erstrecken, die Mitglieder der Einsatzgruppen waren und die heute sowohl in Deutschland als auch in Österreich leben.

Die Tatsache, daß die deutschen Behörden, vornehmlich auch die Justizbehörden, die feste Absicht haben, alle diese Verbrechen zu untersuchen und die Schuldigen vor ein Gericht zu stellen, dürfte in Österreich nicht ohne Widerhall bleiben. Auf Grund der Arbeit dieser Gruppe wurde im Vorjahr über Auftrag des Kreisgerichtes Wels ein Mitglied der Einsatzgruppe, der Personaldirektor der Traunthaler Kohlenbergwerke, Dr. Egon Schönpflug, verhaftet.

Schon die Tatsache allein, daß die „Ostmark“ bevölkerungsmäßig innerhalb des Großdeutschen Reiches etwa ein Zehntel darstellte, müßte bei uns in Österreich ein gleiches Interesse zur Bereinigung des Problems „die Mörder sind unter uns“ bewirken.

Bekanntlich wurden im Osten wie auch im Südosten Europas die meisten Verbrechen gegen die dortige einheimische Bevölkerung begangen und die jüdischen Einwohner dieser Gebiete fast 100prozentig ausgerottet. Nach Beendigung des Krieges stellte sich heraus, daß in den Kriegsverbrecherlisten der betreffenden Länder die Österreicher nicht 10 Prozent, sondern oft weit über 20 Prozent ausgemacht haben. Im Osten wie auch im Südosten wurden Massenmorde von aus Österreich stammenden SS- und Polizeiangehörigen oder von Mitgliedern der Einsatzgruppen begangen.

Wir verstehen sehr gut, daß Österreich einmal mit diesem traurigen Kapitel Schluß machen will und Schluß machen muß. Unter keinen Umständen darf dies jedoch in einer Prämie für die Schuldigen bestehen, die es verstanden haben, sich im In- oder Auslande zu verstecken oder unter einem falschen Namen leben.

Schluß machen heißt: Schuldige vor Gericht stellen!

Aus unserem Bund

Heinrich Widmayer — 70 Jahre

Nun ist auch Heinrich Widmayer, ein immer getreuer Vertrauensmann der österreichischen Sozialisten, der für seine unwandelbare Gesinnung während des Faschismus schwer büßen mußte, siebzig Jahre alt geworden.

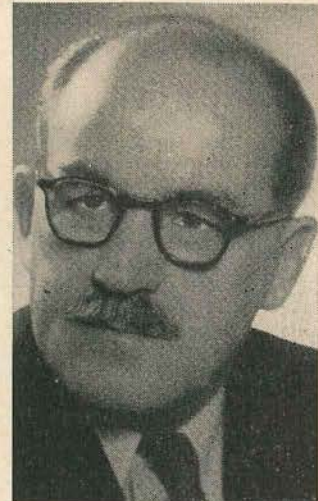
Widmayer, ein Niederösterreicher, erlernte den Beruf eines Metaldrehers und kam schon in seiner Jugend zur Arbeiterbewegung. Er war einer jener, die früh erkannten, wie wichtig die politische Arbeit auf dem Lande ist. Deshalb war er auch einer der Begründer der Landarbeitergewerkschaft und später sozialdemokratischer Bürgermeister von Deutsch Wagram.

Im Jahre 1934 begann Heinrich Widmayers opfervoller Leidensweg. Er wurde verhaftet und in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Auch die Nazi verschonten den bekannten Sozialdemokraten nicht: siebenmal holte ihn die Gestapo, unterzog ihn qualvollen Verhören und steckte ihn schließlich in das Konzentrationslager Theresienstadt. Aus dieser Zeit stammen Heinrich Widmayers zitternde Hände: sie sind seine Erinnerung an den Gestapobüttel Sanitzer und die SS.

Aber als das Jahr 1945 kam, war Heinrich Widmayer sofort wieder unter den ersten, die die Sozialistische Partei in Niederösterreich aufbauten. Er wurde Landesrat der niederösterreichischen Landesregierung und später Abgeordneter zum Nationalrat, wo er mit Nachdruck die Interessen der Landbevölkerung vertrat.

Seit einigen Jahren ist Heinrich Widmayer nicht mehr öffentlich tätig, aber am Leben der Partei nimmt er nach wie vor regen Anteil. An seinem 70. Geburtstag gedenken wir dankbar und in Freundschaft des mutigen Mannes und wünschen ihm das Allerbeste.

Freundschaft — Genosse Widmayer!



Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Innere Stadt hielt am 6. April 1961 ihre Jahresversammlung ab. Unter dem Vorsitz des Obmannes Genossen Jonny Moser wurde folgende Tagesordnung festgelegt:

1. Bericht, unter anderem auch über die 12. Novelle zum OFG;
2. Allfälliges;
3. Neuwahlen;
4. Ausgabe der Gedenkbücher.

Genosse Moser brachte den Bericht über das verflossene Jahr; ebenso berichteten die anderen Funktionäre. Und zum Tagesordnungspunkt 2 brachten unter anderen die Genossen Grabner und Weiß eine Reihe wertvoller Anregungen. Schließlich wurde eine Resolution eingebracht und einstimmig beschlossen, welche die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz betrifft. Sie ist an den Bundesvorstand weitergeleitet worden.

WIR BITTEN jene Mitglieder, die ihren Beitrag für das Jahr 1960 noch nicht zur Gänze bezahlt haben sollten, den restlichen Betrag während der Sprechstunden in ihrer Bezirksgruppe zu erlegen

Bei der darauffolgenden Wahl wurden die nachstehenden Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Jonny Moser;
2. Obmann: Genosse Otto Konrad;
1. Kassier: Genossin Anny Konrad;
2. Kassier: Genosse Josef Rosenheck;
- Schriftführer: Genosse Josef Landgraf;
- Karteiführer: Genosse Otto Konrad;
- Opferfürsorgereferat: die Genossen Jonny Moser und Otto Konrad;
- Beisitzer: Adalbert Percy Klünger;
- Kontrolle: die Genossen Dipl.-Ing. Viktor Grabner und Bruno Czermak;
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: die Genossen Jonny Moser und Otto Konrad;
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: die Genossen Jonny Moser und Otto Konrad;
- Delegierte zur Bezirkskonferenz: die Genossin Appolonia Neuböck und Genosse Adalbert Percy Klünger;
- Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Josef Rosenheck.

Nach der Ausgabe der Gedenkblätter und der Fragebogen wurde die gutbesuchte Jahresversammlung, welche nicht nur interessante Berichte, sondern auch sehr lebhaft Diskussionen gebracht hatte, vom Obmann Jonny Moser geschlossen.

Margareten

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung wurde am Samstag, dem 4. Februar 1961, im Franz-Domes-Saal, Wien V, Kohlgrasse 27, abgehalten. Vor Beginn wurde der Film „Die auf Steinen schlafen“ vorgeführt. Während dieser Filmvorführung konnte Obmann Genosse Heigelmayr den wegen anderwärtiger Verpflichtungen nur auf kurzen Besuch erschienenen Bundesobmann, unsere Genossin Rosa Jochmann, begrüßen. Genossin Jochmann hielt mit innigen Worten eine kurze und mit herzlichem Beifall bedankte Ansprache an die anwesenden Genossinnen und Genossen.

Anschließend an die Filmvorführung eröffnete Obmannstellvertreter Genosse Hein die Jahresversammlung, begrüßte alle Anwesenden und im besonderen den Vertreter des Bezirksvorstandes, Bezirksvorsteher Genossen Franz Grubeck, entschuldigte den Bezirksobmann Gemeinderat Genossen Sailer wegen Teilnahme an einer Sektionsjahresversammlung und den 3. Obmann unserer Bezirksgruppe, Genossen Knoll, dessen Gattin gestorben war.

Nach Genesungswünschen an alle Genossen, die sich wegen Krankheit entschuldigt haben, wurde vom Vorsitzenden folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Verlesung des Protokolls der letzten Jahresversammlung, vom 8. Februar 1960;
2. Wahl eines Wahlkomitees;
3. Berichte des Obmannes, des Kassiers und der Kontrolle;
4. Ausgabe der Dank- und Anerkennungsblätter für Einsatz und Opfer in den Jahren 1933 bis 1945;
5. Neuwahlen;
6. Allfälliges.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Vor Eingang in die Tagesordnung hielt der Vorsitzende, Genosse Hein, einen von den Anwesenden stehend angehör-

ten, vom Herzen kommenden, tiefempfundenen Nachruf für die im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder Josef Benesch, Emma Heigelmayr, Adolf Neuwald und Georg Stonic.

Da von der Verlesung des Protokolls Abstand genommen wurde, werden die Genossen Fritz Weigelmer, Franz Josef Leibel und Stefan Hipsig als Wahlkomitee vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Anschließend an den mit Beifall aufgenommenen Bericht berichtete Genossin Franziska Grubeck über die Kassenabrechnung. Genosse Smetana beantragte, namens der Kontrolle dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen.

Die Berichte wurden ohne Einwendung zur Kenntnis und der Antrag der Kontrolle bei der nun folgenden Abstimmung einstimmig angenommen.

Dann sprach Genosse Heigelmayr: Anlässlich der 25. Wiederkehr der schrecklichen Tage rund um den 12. Februar 1934 hat der Bundesvorstand seinerzeit über Anregung unseres Bundesobmannes, Genossin Jochmann, die Ausgabe dieser Dank- und Anerkennungsblätter beschlossen. Eindeutig wurde bei dieser Beschlußfassung festgehalten, daß immer und jederzeit Nachtragsanträge für die Verleihung dieses Ehrenblattes gestellt werden können. Dieser Beschluß wurde bei der Bundeshauptversammlung im Mai 1960 genehmigt, und es tragen daher diese Ehrenblätter neben den eigenhändigen Unterschriften des Parteivorsitzenden Genossen Dr. Bruno Pittermann und des Zentralsekretärs Genossen Otto Probst das Datum Mai 1960.

Da die Bezirksgruppenleitung nicht alle Genossinnen und Genossen kennen kann, die auf dieses Dank- und Anerkennungsdiplom Anspruch haben, wurden die Parteisektionen des Bezirkes um Mithilfe gebeten.

Die Genossen Hans Smetana und Hans Nosko verteilten hierauf an die vom Genossen Heigelmayr namentlich aufgerufenen Ausgezeichneten die Dank- und Anerkennungsdiplome.

Dann berichtet der Obmann des Wahlkomitees, Genosse Fritz Weigelmer über folgenden Wahlvorschlag:

1. Obmann: Genosse Franz Heigelmayr;
2. Obmann: Genosse Ernst Hein;
3. Obmann: Genosse Ernst Taussig;
- Kassier: Genossin Franziska Grubeck;
1. Schriftführer: Genosse Viktor Knoll;
2. Schriftführer: Genosse Alois Honischek;
- Opferfürsorgereferat: Genosse Ernst Taussig;
- Kontrolle: Die Genossen Hans Smetana, Hans Nosko und Josef Rossak.
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Franz Heigelmayr, Ernst Hein, Ernst Taussig, Franziska Grubeck, Viktor Knoll, Josef Rossak, Hans Smetana, Alois Honischek und Hans Nolk.
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Franz Heigelmayr, Ernst Hein, Ernst Taussig, Franziska Grubeck, Viktor Knoll, Josef Rossak, Hans Smetana, Alois Honischek und Hans Nosko.
- Delegierte zur Bezirkskonferenz: Die Genossen Ernst Hein und Ernst Taussig.
- Delegierter im Bezirksausschuß: Genosse Ernst Hein.

Da zu den Vorschlägen keine Wortmeldung erfolgte, wurde über den 1. Obmann und über den Kassier einzeln, über alle anderen Vorgeschlagenen en bloc abgestimmt; alle Vorgeschlagenen wurden einstimmig gewählt.

Der wiedergewählte Obmann, Genosse Franz Heigelmayr, dankte hierauf dem Wahlkomitee für die geleistete Arbeit

Der Abgeltungsfonds

Das Gesetz über den „Fonds zur Abgeltung gewisser Vermögensverluste politisch Verfolgter“ wird die Verpflichtung erfüllen, welche die Bundesregierung im Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich vom 8. bis 15. Mai 1959 auf sich genommen hat. Sie verpflichtete sich damals, den Betrag von 6 Millionen Dollar (sowie die Verwaltungskosten) einem zu errichtenden Fonds zuzuführen, aus welchem einmalige Zuwendungen an Personen zu zahlen sind, welche wegen ihrer Abstammung oder Religion oder im Zuge anderer nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen gewisse Schäden erlitten haben.

Abgegolten werden nur Schäden durch den Verlust von Bankkonten, Wertpapieren, Bargeld (wobei zu beachten ist, daß eine Zuwendung für konfisziertes Bargeld nur geleistet wird, wenn schriftliches Beweismaterial aus der Zeit der Konfiskation vorgelegt werden kann, aus welchem hervorgeht, daß das Bargeld konfisziert wurde), Hypotheken und durch Zahlung für Reichsfluchtsteuer oder Judenvermögensabgabe.

Nur die fünf obengenannten Kategorien von Vermögensschaften und Rechten können vom Fonds abgegolten werden. Andere Schäden können nicht berücksichtigt werden.

Zuwendungen werden nur an die ehemaligen Eigentümer, an Ehegatten, Kinder und Kindesinder sowie Eltern bezahlt. Andere Personen sind nicht antragsberechtigt. Es ist gleichgültig, ob der Antragsteller seinen Wohnsitz im In- oder im Ausland hat.

Die Summe der in den fünf Kategorien erlittenen

Schäden ergibt die „ursprüngliche Zuwendung“. Diese ursprüngliche Zuwendung wird mit Rücksicht auf die seit dem 13. März 1938 in Österreich stattgefundenen Währungsänderungen und Währungssicherungsmaßnahmen auf 35 Prozent herabgesetzt. Diese 35 Prozent sind die „berichtigte Zuwendung“. Der Fonds zahlt zunächst diese „berichtigte Zuwendung“, höchstens aber 20.000 S. Falls durch diese Zahlung der Fonds noch nicht erschöpft ist, so werden weitere 10.000 S gezahlt, jedoch niemals mehr als die ursprüngliche Zuwendung. Bleiben weitere Beträge übrig, so werden die 10.000 S — natürlich bei gleichmäßiger Verteilung — auf höchstens 20.000 S erhöht. Ein weiterer Rest soll für Zahlungen bis höchstens 40.000 S verwendet werden.

Schäden unter 500 S bleiben unberücksichtigt.

Antragsteller, die spätestens am Tage des Ablaufes der Anmeldefrist das 70. Lebensjahr erreicht haben werden, erhalten eine Vorauszahlung im Betrage von höchstens 10.000 S, jedoch nicht mehr als den Betrag der berichtigten Zuwendung. Alle anderen Zahlungen können erst nach Einlangen und Bearbeitung aller rechtzeitigen Anmeldungen angewiesen werden. Da die Anmeldefrist ein Jahr beträgt, wird es im Interesse aller Antragsteller gelegen sein, ihre Anträge möglichst rasch zu überreichen, da sich sonst natürlich die Bearbeitung wesentlich verzögert.

Der Fonds wird durch ein Kuratorium verwaltet werden, welches aus einem Vorsitzenden, acht Mitgliedern und acht Ersatzmitgliedern besteht.

und der Jahresversammlung im Namen aller Gewählten für das entgegengebrachte Vertrauen. Er gratulierte den Gewählten und ersuchte, die in der AZ angekündigten Sprechstunden und Leitungssitzungen zu beachten und zu besuchen.

Zum Schluß erinnerte Genosse Heigelmayr noch an die am Samstag, dem 11. Februar 1961, stattfindende Zusammenkunft zum Schweigemarsch zum Mahnmal sowie an die am Sonntag, dem 12. Februar 1961, um 9 Uhr vormittags im Kino Eisenbahnerheim stattfindende Februar-Gedenkstunde der Bezirksgruppe, bei der Bundesrätin Genossin Muhr sprechen und der Film „Die große Illusion“ gezeigt wird. Dann schloß der Vorsitzende um 21.30 Uhr mit sozialistischem Freiheits- und Freundschaftsgruß die Jahresversammlung.

Favoriten

Franz Tögel †. Am 19. April 1961 ist nach langem, schwerem Leiden unser Genosse und Kampfgefährte Franz Tögel gestorben. Er war schon seit seiner frühesten Jugend ein überzeugter Streiter für die Idee des Sozialismus und hat überall dort mitgeholfen und sein Bestes gegeben, wo es galt, für den Aufstieg der Arbeiterklasse und eine bessere Gesellschaftsordnung einzutreten. So war es für ihn auch nur selbstverständlich, im Februar 1934 dabei zu sein, und dann nachher, mit echtem Idealismus bei den revolutionären Sozialisten illegal mitzuarbeiten.

Nach einer kleinen Trauerfeier wurde Tögel am 24. April 1961 in der Feuerhalle der Stadt Wien den Flammen übergeben. Niemals vergessen!

Döbling

Jahresversammlung. Am 22. Februar 1961 tagte die Jahresversammlung unserer Gruppe unter dem Vorsitz des Genossen Haas. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte er der in der Berichtsperiode verstorbenen Mitglieder, der Genossen Kubinsky, Eder und Sebek sowie besonders auch des erst kürzlich dahingegangenen Genossen Josef Fronek. Er war es, der zusammen mit dem verstorbenen Genossen Leo Radler die Abwehrkämpfe in den Februartagen 1934 im Karl-Marx-Hof geleitet hatte.

Nachdem die Versammlung auf die Verlesung des vorjährigen Protokolls verzichtet hatte, ließ Genosse Haas über die Tagesordnung abstimmen, die einhellig genehmigt wurde. Nach der Wahl eines Wahlkomitees erstattete Genosse Haas den Jahresbericht.

Unsere Genossen waren rührig. Wir beteiligten uns an zwei Fahrten nach Mauthausen zu Gedenkfeiern, eine davon anlässlich der Anwesenheit des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow sowie an einem Schweigemarsch zum Mahnmal. Wir nahmen auch an einer Gedenkfeier für die von der SS ermordeten Juden in der Förstergasse teil. Wie üblich besuchten und bekränzten wir die Gräber unserer Februaropfer der Genossen Klose, Swoboda, Rebec und unseres von den Nazibestien umgebrachten Freundes Edwin Schuster. Unsere Februar-Gedenkfeier fand im Olympia-Kino statt, in dessen dichtgefülltem Saale Genosse Passauer eine tiefempfundene Gedenkrede hielt. Nachher folgte eine entsprechende Filmvorführung.

Zur Wiedergutmachungsfrage gab Genosse Haas bekannt, daß die Verhandlungen über die Entschädigungen fortgesetzt werden und die deutsche Regierung willens ist, einen bestimmten Prozentsatz zu den Entschädigungen beizutragen.

Auf Antrag des Kontrollmitgliedes, Genossen Pfundl, der die Gebarung geprüft hatte, wurde dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt.

Die Neuwahl des Ausschusses ergab die einstimmige Wiederwahl des Genossen Haas als Obmann und sämtlicher früheren Ausschußmitglieder.

Dann hielt Genosse Franz Rauscher ein Referat über das Thema: „Bevölkerungspolitik.“ Er besprach unter anderem die Gefahren einer Übervölkerung, die Folgen der Weltkriege und die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Wirtschaft. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen.

In der Debatte sprachen die Genossen Pisarczyk und Passauer, der die Krisentheorie Karl Marx' und die Nachwuchsfrage behandelte.

Floridsdorf

Jahresversammlung. Am Samstag, dem 18. Februar 1961, fand die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Floridsdorf statt. Nach Liedervorträgen und einer Rezitation der Roten Falken-Gruppe Floridsdorf begrüßte Bezirksobmann Genosse Karl Blei die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste recht herzlich; insbesondere die Referentin, Genossin Rosa Jochmann, die Genossin Hedwig Lehner und den Genossen Josef Kohl sowie den Bezirksobmann der sozialistischen Parteiorganisation, Genossen Rudolf Hitzinger. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung hielt Genosse Blei den im abgelaufenen Jahr verstorbenen Mitgliedern einen tiefempfundenden Nachruf. Es waren dies die Genossen Rudolf Sturm, Franz Wagner, Anton Tuschl, Friedrich Mistelberger, Stanislaus Halamka und Josef Korp. Genosse Blei sagte: „Wieder hat der Allbezwinger Tod eine große Lücke in unsere Reihen gerissen



und sechs brave, treue und verlässliche Genossen von uns genommen. Wir wollen ihnen ein ehrendes Andenken dadurch bewahren, daß wir in ihrem Sinne weiterarbeiten und für die Freiheit und die Demokratie kämpfen, für unsere Rechte, für die große Idee des Sozialismus. Wir werden sie »niemals vergessen.«

Nachdem Genosse Josef Brazdovics als Schriftführer Auszüge aus dem Protokoll der vorjährigen Jahresversammlung verlesen hatte, erstattete Bezirksobmann Genosse Blei den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr 1960.

Zum Gedenken des Februar 1934 wurde am Freitag, dem 12. Februar 1960, von unserer Bezirksgruppe mit den Roten Falken von Floridsdorf bei der Feuerwache Floridsdorf für Genossen Georg Weissel eine Trauerfeier abgehalten, an der 300 Genossinnen und Genossen teilgenommen hatten. Die Roten Falken brachten Kampflieder zum Vortrag, und ein junger Genosse rezitierte das Georg-Weissel-Lied. Am 13. Februar 1960 fand auf dem Jedleseer Friedhof am Grabe des Genossen Johann Giller eine Gedenkfeier für die Opfer des Februar 1934 statt, wobei ein Kranz als Symbol des Gedenkens niedergelegt wurde. Auch an dieser Feier haben sehr viele Genossinnen und Genossen teilgenommen.

Das Opferfürsorgeferat, das vom Genossen Blei geleitet wird, hat an 24 Sprechtagen 253 Auskünfte erteilt und Erledigungen durchgeführt.

An unserer Autofahrt am Samstag, dem 21. Mai 1960, zum Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug haben 153 Genossen teilgenommen. Davon waren 121 Mitglieder und 32 Gäste. Über diese Fahrt haben sich unsere Genossinnen und Genossen sehr zufriedenstellend ausgesprochen.

An der Bundeshauptversammlung am Donnerstag, dem 26. Mai 1960, haben vier Delegierte unserer Bezirksgruppe teilgenommen. Anschließend daran fand die 15-Jahr-Feier zur Befreiung Österreichs mit einer Kranzniederlegung auf dem großen Appellplatz statt. Zu dieser Veranstaltung wurde ein Sonderzug geführt, der sehr viele Teilnehmer herabrachte. Auch unsere Bezirksgruppe war zahlreich vertreten.

Der Bericht des Bezirksobmannes Genossen Blei wurde mit großem Beifall entgegengenommen.

Dann folgte der Bericht des Genossen Karl Bübl über die Kassengebarung der Bezirksgruppe, und Genosse Franz Pokoj berichtete für die Kontrolle. Er stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen; dieser Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3: Aufstellung eines Wahlkomitees, gab Genosse Blei bekannt, daß der erweiterte Bezirksausschuß der Jahresversammlung ein provisorisches Wahlkomitee vorschlägt, bestehend aus den Genossen Karl Gruber, Richard Grohs und Johann Meidlinger. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und das Wahlkomitee zog sich zur Beratung zurück.

Genosse Blei bat nun den Obmann unseres Bundes, Genossin Rosa Jochmann, um ihr Referat über die 12. Novelle des Opferfürsorgegesetzes und die politische Lage. Nach dem Referat, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, dankte Genosse Blei der Referentin für ihre vortrefflichen Ausführungen, die bestimmt von allen Genossen richtig verstanden wurden. Er sagte unter anderem: „Wir hoffen alle, daß die 12. Novelle bald erledigt wird, bevor noch von den immer weniger werdenden Opfern noch mehr sterben. Schon das Bewußtsein, daß für die Opfer etwas gemacht

ARBEITERBANK AKTIENGESellschaft WIEN

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: 63 17 51

Zweigstellen: Wien I, Fleischmarkt, Telephon 63 91 67
Wien IV, Rechte Wienzeile 37, Telephon 43 71 02

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 715 65, 715 06
Innsbruck: Südtiroler Platz 14-16, Telephon 36 73
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 48 22
Linz: Christian-Coulins-Straße 32, Telephon 27 8 78
Wiener Neustadt: Wiener Straße 23, Telephon 37 46

Durchführung aller Bankgeschäfte, Entgegennahme von Spareinlagen, finanzielle Beratung

wird und daß sie nicht vergessen sind, erfüllt uns mit Genugtuung. Wir wünschen, daß unsere Genossen im Parlament dieses Gesetz ehestens verabschieden. Dabei denke ich an die Rede des Genossen Dr. Pittermann am 12. Februar 1961, die in der Arbeiter-Zeitung zu lesen war."

Zu Punkt 5 erstattete dann das Wahlkomitee durch Genossen Gruber Vorschläge für die neue Bezirksleitung. Er schlug folgende Genossen vor:

1. Obmann: Genosse Karl Blei,
2. Obmann: Genosse Viktor Marsal;
1. Kassier: Genosse Karl Bübl,
2. Kassier: Genosse Richard Grohs;
1. Schriftführer: Genosse Josef Brazdovics,
2. Schriftführer: Genosse Viktor Marsal;
- Opferfürsorgereferat: Genosse Karl Blei;
- Beisitzer: die Genossen Heinrich Litschauer und Richard Stern;
- Kontrolle: Genossin Barbara Berthold sowie die Genossen Franz Pokoj und August Dworschak.

Genosse Gruber ließ über den 1. und 2. Obmann abstimmen. Die Genossen Blei und Marsal wurden von der Versammlung einstimmig wiedergewählt. Sodann übergab er die Liste mit den weiteren Vorschlägen dem Genossen Blei, wobei er betonte, daß dieser heuer zum 15. Male zum Bezirksobmann gewählt wurde, was großen Beifall auslöste.

Genosse Blei ließ auf Verlangen der Versammlung die noch ausstehenden Vorschläge en bloc abstimmen, und die vorgeschlagenen Genossen wurden einstimmig gewählt. Für die Kontrolle wurden die Genossen aus dem Plenum einstimmig gewählt.

Nach der Wahl dankte Genosse Blei für das Vertrauen und versicherte, daß er wie bisher seine ganze Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einsetzen werde. Er schloß daran die Bitte, ihn bei seiner Arbeit tatkräftigst zu unterstützen.

Anschließend sprach Genosse Josef Kohl im Namen der Bezirksorganisation der Partei. Er sagte, daß es ihn sehr freue, eine so agile Gruppe von Genossen, wie es die sozialistischen Freiheitskämpfer sind, im Bezirk zu haben. Sie beweise, daß sie damals im Februar 1934 den Kampf um eine Besserstellung der Arbeiterschaft nicht scheute und auch heute noch immer zur Stelle ist, wenn sie die Partei ruft. Genosse Kohl wünschte, daß es auch in Zukunft so bleiben solle.

Darauf nahm Genosse Blei seine erste Tätigkeit als wiedergewählter Obmann auf. Er nahm als Vertreter des Bundesvorstandes die Verleihung der Gedenklätter vor und bedankte sich bei der Überreichung dieser Urkunden an die Genossen für deren Einsatz in den Jahren 1933 bis 1945.

Bei Punkt 6: Allgemeines, gab Genosse Blei bekannt, daß die Bezirksgruppe im Mai 1961 eine Autofahrt mit einer Führung ins Ölgebiet der österreichischen Mineralölverwaltung plane und daß die Mitglieder rechtzeitig ein Anmelde-

formular erhalten werden. Diese Fahrt kann nur an einem Wochentag stattfinden.

Zum Schluß wünschte Genosse Blei im Namen des Bezirksausschusses und seiner Mitglieder dem Altgemeinderat Genossen Konrad Lötsch zu seinem 83. Geburtstag am 19. Februar 1961 viel Glück, Gesundheit sowie ein recht langes Leben in voller Frische und froher Laune. Genosse Huschka stellte dazu den Antrag, dem Genossen Lötsch einen Strauß roter Nelken nebst vielen herzlichen Grüßen von der Jahresversammlung zu überbringen. Der Antrag wurde mit großem Beifall einstimmig angenommen und der Auftrag von den Genossen Blei, Kohl und Marsal durchgeführt.

Die Jahresversammlung, die eigentlich die Zusammenkunft einer großen Familie darstellt, bietet den schönsten Rahmen und die beste Gelegenheit, zugleich auch aller anderen Mitglieder, Genossinnen und Genossen zu gedenken, die im Jahr 1961 den 80., 75. und 70. Geburtstag feiern: Die Bezirksgruppe hat ihnen die herzlichsten Glückwünsche übermittelt und das Allerbeste für die Zukunft gewünscht.

Mit dem Dank an die zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen wurde die Jahresversammlung mit dem „Lied der Arbeit“ und einem kräftigen „Freundschaft!“ geschlossen.

Nach der Versammlung folgte noch ein gemütliches Beisammensein mit unseren Mitgliedern und Gästen, voll Frohsinn und guter Laune, wozu Genosse Blei allen Genossinnen und Genossen recht gute Unterhaltung wünschte und für die zahlreich eingegangenen Geldspenden herzlichen Dank sagte. Es war ein schöner Abschluß, der unseren Genossen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

*

Rudolf Salomon †. Am Dienstag, dem 7. März 1961, verstarb nach langem, schwerem Leiden Genosse Rudolf Salomon im 60. Lebensjahr.

Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934. Als langjähriger Vertrauensmann der Partei war er einer derjenigen, die keinen Moment zögerten, als es galt, die Interessen der Republik und der Arbeiterschaft zu verteidigen. Wir werden seinen Einsatz und sein Wirken niemals vergessen.

Das Begräbnis fand am Freitag, dem 10. März 1961, um 14.30 Uhr auf dem Groß-Jedlersdorfer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe war durch eine Delegation und ihre Fahne vertreten. Gemeinderat Genosse Kohl hielt namens der Parteiorganisation und der Freiheitskämpfer von Floridsdorf einen tiefempfundenen Nachruf. Er schloß mit dem Gruß „Freundschaft!“ seine Worte.

*

Franz Weber †. Am Mittwoch, dem 5. April 1961, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden Genosse Franz Weber im 66. Lebensjahr. Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934. Er war einer von den Genossen, die jederzeit am Platze waren, wenn es galt, die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten und für sie zu kämpfen.

Am Dienstag, dem 11. April 1961, fand um 15.45 Uhr auf dem Jedlersdorfer Friedhof die Beerdigung statt. Die Bezirksgruppe war durch eine Delegation und ihre Fahne vertreten. Unser Obmann, Genosse Blei, hielt einen tiefempfundenen Nachruf und betonte, daß wir den Einsatz unseres verstorbenen Genossen Franz Weber und sein unermüdetes Wirken niemals vergessen werden. Dann senkten wir die Fahne über seine letzte Ruhestätte, und Genosse Blei sprach die Worte: „Die Erde werde dir leicht.“

*

Jakob Zsdarsa †. Am Sonntag, dem 26. März 1961, verstarb unser Genosse Jakob Zsdarsa im 63. Lebensjahr nach langem, schwerem Leiden. Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Vertrauensmann und Kämpfer aus den Februartagen 1934.

Er war auch einer derjenigen, die keinen Moment zögerten, als es galt, die Rechte der arbeitenden Menschen und die Republik zu verteidigen.

Am Donnerstag, dem 30. März 1961, fand um 15.15 Uhr auf dem Stammersdorfer Friedhof die Beerdigung statt. Die Bezirksgruppe war durch eine Delegation vertreten, und Genosse Blei als Bezirksobmann hielt einen tiefempfundenen Nachruf. Als Symbol des Abschiedes senkte sich die Fahne über dem offenen Grab, und Genosse Blei sprach ein letztes „Freundschaft!“

Aus den Fachgruppen:

Polizei

Jahresversammlung. Die Fachgruppe hielt am Freitag, dem 17. Februar 1961, im Gewerkschaftssaal, Wien I, Postgasse 7, ihre Jahresversammlung ab. Die Versammlung wurde unter dem Vorsitz der Genossen Johann Haas und Otto Derschowitz eröffnet.

Obmann Genosse Haas begrüßte die erschienenen Mitglieder, insbesondere den Referenten, Abgeordneten zum Nationalrat Genossen Karl Mark, den Amtsrat Genossen Geiger (in Vertretung des Polizeipräsidenten Genossen Holabek) und den Bezirksleiter des Koates Mariahilf, Genossen Calta.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Genosse Haas in einer Trauerminute der verstorbenen Mitglieder der Fachgruppe, insbesondere des im Monat Jänner verstorbenen Genossen Josef Fronek. Wir werden ihm in unseren Reihen ein bleibendes Andenken bewahren.

Nach Genehmigung der Tagesordnung wurden die Genossen Gramel und Feigl einstimmig in das Wahlkomitee gewählt.

Sodann erstattete Genosse Haas den Tätigkeitsbericht, aus dem die intensive Arbeit der Fachgruppe im Laufe der ver-

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

gangenen Jahre hervorging. Wie alljährlich fand auch in den vergangenen Jahren zu Allerheiligen und zu den verschiedenen Anlässen ein Grabgang zu unseren justifizierten Kämpfern und zum Mahnmal im Wiener Zentralfriedhof statt, an dem zahlreiche Mitglieder teilnahmen.

Nach dem Bericht des Genossen Haas stellte Genosse Eibicht den Antrag auf Entlastung des scheidenden Ausschusses.

Genosse Haas erteilte hierauf dem Genossen Mark das Wort zu seinem Referat über die Arbeit im Parlament, betreffend die Wiedergutmachung im Sinne der 12. Novelle des OFG. Genosse Mark führte unter anderem aus: Bei der Betrachtung der Budgetzahlen findet man, daß der Staat etwa ein Drittel der Ausgaben wieder an sich zieht. Der Kampf um unseren Anteil ist sehr schwer.

Was Habsburg betrifft, so haben wir ihm und seinen Handlangern in der ÖVP den Weg verlegt. Aber um so mehr heißt es wachsam zu bleiben. Für die Entschädigung sind 600 Millionen Schilling bereitgestellt. Österreich kann nicht für Forderungen aufkommen, die unter einem anderen Regierungssystem entstanden sind. Der Vorwurf Deutschlands, daß wir in unserem Lande die Ordnung nicht aufrechterhalten haben, trifft uns in keiner Weise. Unsere Vermögenswerte sind gewaltsam nach Deutschland verschleppt worden. Wir müssen einen Weg zu einem Übereinkommen finden, wofür vielleicht jetzt bei den Verhandlungen betreffend die Wiedergutmachung etwas bessere Aussichten bestehen dürften, wenn nicht wieder von der ÖVP her Querschüsse gegen unsere Forderungen kommen.

Nach der Diskussion über das Referat und dem Schlußwort des Referenten dankte der Vorsitzende Genosse Haas für das mit großem Beifall aufgenommene Referat und die erschöpfende Beantwortung aller gestellten Fragen.

Hierauf brachte Genossin Feigl als Obmann des Wahlkomitees den folgenden Wahlvorschlag, der einstimmig angenommen wurde:

1. Obmann: Genosse Johann Haas (Polizeiverwaltung);
2. Obmann: Genosse Otto Derschowitz (Sicherheitswache);
- Beisitzer: die Genossen Friedrich Eibicht (Sicherheitswache), Ernst Nemschitz (Verwaltung) und Walter Kölnerberger (Kriminalbeamter);
- Opferfürsorgereferent: Genosse Johann Haas;
1. Schriftführer: Genosse Otto Derschowitz;
2. Schriftführer: Genosse Ernst Nemschitz;
- Kontrolle: Genosse Friedrich Eibicht;
- Delegierter zur Bundeshauptversammlung: Genosse Otto Derschowitz;
- Delegierter zur Landeshauptversammlung: Genosse Otto Derschowitz.

Weiters wurde beschlossen, daß die Funktionsdauer für den neuen Ausschuß drei Jahre betragen soll.

Nach der Wahl des neuen Ausschusses wurde einstimmig eine Resolution, betreffend die Ehrung von Freiheitskämpfern und Opfern des Faschismus innerhalb der Wiener Polizei, beschlossen, die an den Herrn Polizeipräsidenten, Genossen Josef Hlaubek, übermittelt worden ist.

Dann schloß Obmann Genosse Haas die Jahresversammlung und dankte für das ihm neuerlich entgegengebrachte Vertrauen mit der Versicherung, daß er und die Genossen im neuen Ausschuß die ganze Kraft einsetzen werden, um die Interessen der Mitglieder der Fachgruppe nachdrücklich zu vertreten.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Josef Poindl †. Unser Mitglied Genosse Josef Poindl, Hainfeld, Bahnstraße 15, ist am 4. März 1961 im 67. Lebensjahr einem Herzschlag erlegen. Wir werden dem seit seinen jungen Jahren in den Reihen der Kämpfer für die große Idee des Sozialismus stehenden Genossen ein stetes Andenken bewahren. „Niemals vergessen!“

*

Mödling. Die Bezirksgruppe Mödling des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt im Monat Dezember 1960 eine Mitgliederversammlung ab.

Genosse Appel sprach über die Aufgaben der Freiheitskämpfer und nahm auch zu den Fragen der Wiedergutmachung Stellung.

Die Versammlung beschloß eine Resolution, in welcher endlich die Gesetzgebung der 12. Novelle zum Opferfürsorgengesetz und die Durchführung der Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus verlangt wurde.

Die Resolution wurde dem Bundeskanzler, dem Bundesminister für soziale Verwaltung und dem Bundesvorstand des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer zur Kenntnis gebracht.

Oberösterreich

Steyr. Am 24. April 1961 nahm die Bezirksgruppe Steyr von Genossen Hans Anselgruber Abschied, der tödlich verunglückt war. Genosse Anselgruber, der am 13. August 1885 geboren wurde, war schon in jungen Jahren bei unseren Jugendlichen organisiert und trat im Jahre 1903 der Partei bei, der er bis zu seinem Tod angehört hat.

Als es 1934 galt, Recht und Freiheit gegen den übermächtigen Austrofaschismus zu verteidigen, da war Genosse Anselgruber mit unter den ersten, die nicht lange zögerten, für die Interessen der Arbeiter und zur Verteidigung der demokratischen Einrichtungen der Republik auch mit der Waffe in der Hand auf die Barrikaden zu steigen. Und dann folgten schwere Jahre ständiger Bedrohung und Haft durch die faschistischen Machthaber.

Nach 1945 arbeitete Genosse Anselgruber mit aller Kraft für die nun wiedererstandene Partei, und war auch Mitglied unseres Bundes. Jetzt wurde der tote Kämpfer und Kamerad nach einer schlichten Trauerkundgebung im Krematorium Steyr den Flammen übergeben.

Salzburg

Josef Voithofer. Am 16. März vollendete Genosse Josef Voithofer sein 66. Lebensjahr. Dies nahm er zum Anlaß, um schon zu Beginn dieses Jahres sein Mandat zur Verfügung zu stellen und als aktiver Politiker aus dem Nationalrat auszuschcheiden.

Der Entschluß des sozialistischen Freiheitskämpfers Voithofer, die politische Bühne des Lebens zu verlassen, bedeutet auch für unseren Bund den Verlust eines unermüdeten, leidenschaftlichen Verfechter unserer Rechte im öffentlichen Leben. Und so wünschen wir denn unserem Freund Sepp, daß er noch viele gesunde und schöne Jahre erleben möge; er hat es sich wirklich verdient.

Als Sohn einer Bergbauernfamilie in Goldegg im Pinzgau geboren, hatte er nur Gelegenheit, eine vierklassige Volksschule zu besuchen. Aber sein Fleiß, seine Wißbegierde, sein Mitfühlen mit allen menschlichen Schicksalen und seine tiefe Verbundenheit mit der Natur haben alles dazu beigetragen, unseren Genossen Voithofer mit allen Problemen und Sorgen vertraut zu machen. Sein erlernter Beruf war die Landwirtschaft, doch schon

im Jahre 1911 kam er als Oberbauarbeiter zur Bahn und wurde so frühzeitig mit dem Ideengut des Sozialismus vertraut. Seit damals schon ist Voithofer unser Parteimitglied, und ein Jahr nachher war er schon Funktionär.

Der Sepp war schon in seiner Jugend ein Rebell, und so kam es, daß er schon während der Monarchie mit dem Gesetz in Konflikt kam: 1917 mußte er anläßlich einer Maifeier und im Jahre 1918 wegen Aufforderung zum Streik in den Arrest wandern.

Im Februar 1934 wurde Genosse Voithofer von der Bundesbahn entlassen und als Schutzbundkommandant viele Monate in Haft gehalten. Nachher ging er als Holzknecht in seine geliebten Berge. Vom Holzschlag weg holten ihn im März 1938 die Nazi, doch nach seiner Haftentlassung arbeitete er wieder als Forstarbeiter weiter.

Im Februar 1941 hatten sich in Embach im Pinzgau mehrere Sozialdemokraten zu einer freundschaftlichen Zusammenkunft getroffen; diese „Versammlung“ wurde später denunziert, und von den 17 Teilnehmern wurden fünf zum Tode verurteilt. Die übrigen Genossen, unter ihnen auch Josef Voithofer, wurden zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Voithofer verbüßte seine Strafe zum Teil in Dieburg/Hessen, dann in den Nebenlagern Nieder-Roden/Rollwald und zuletzt in Mainz. Im Mai 1945 wurde er von den Amerikanern befreit und kehrte wieder nach Schwarzach im Pinzgau zurück.

Wenn Genosse Voithofer aus dieser seiner Leidenszeit erzählt, dann weiß man, daß es die schrecklichste Zeit seines Lebens war, und es gibt nur wenige Menschen, die die Narben auf seinem ganzen Körper gesehen haben. Sie sind ein Zeichen der erlittenen Qualen. Trotzdem war er in seiner Einstellung ungebrochen geblieben. So war es selbstverständlich, daß mit dem Wiedererstehen der Sozialistischen Partei im Jahre 1945 auch unser Sepp wieder aktiv tätig wurde. Seit 1945 gehörte er der Salzburger Parteivertretung an, und er war auch seit dieser Zeit immer in das Parlament gewählt worden.

Als Nationalrat hat sich Josef Voithofer vor allem den Fragen der Land- und Forstwirtschaft, der Wildbachverbauung und der Elektrizitätswirtschaft gewidmet. Er war unermüdlich im Kontakt mit den Arbeitern der verschiedenen Baustellen im Lande Salzburg und hat auch den Sorgen der Bergbauern des Landes seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Mit Sepp Voithofer scheidet eine profilierte Persönlichkeit aus dem öffentlichen Leben. Wir werden ihn in der Parteiarbeit schwer vermissen, denn der Sepp war zu jeder Stunde Agitator und Kämpfer für die Partei. Für ihn gab es kaum ein Wochenende im Kreise seiner Familie.

Genosse Voithofer bleibt nach wie vor Landesobmann der Salzburger Naturfreunde und ist auch in der Naturschutzbewegung tief verankert. Er ist auf das innigste mit der Natur verbunden und hat auf den Höhen unserer schönen Bergwelt viele naturgeschützte Pflanzen durch Aussetzen von Jungpflanzen vor dem Aussterben gerettet. Wenn er im Frühjahr und im Herbst die Begehung seiner selbstangelegten Naturschutzanlagen vornimmt, dann schmückt ein schöner Edelweißstern seinen Hut. Und man fühlt es fast, daß er von seiner Bergwelt immer mit neuer Kraft, mit neuer Zuversicht ins Tal kommt, um den Mitmenschen zu helfen und für sie einzutreten.

Mit vielen Zehntausenden ist Genosse Voithofer den Kreuzweg der Menschlichkeit gegangen, hat alle Leidensstationen mit Mut ertragen und das Glück gehabt, mit den Übriggebliebenen die so heiß ersehnte Erlösung und die Auferstehung unseres Landes zu erleben.

Ein grauenvolles Erinnern bleibt unausgelöscht, und der Schwur: „Niemals vergessen!“ Denn die Freundschaft und die tiefe Verbundenheit mit den unzähligen Opfern gebietet uns allen, nie, nie und niemals wollen wir das furchtbare Geschehen vergessen, damit kommende Generationen davor bewahrt bleiben.

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.



**Lebens-
versicherung**



Wien I. Ringturm - 63 97 50

**Wiener
Städtische
Versicherung**

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 13. Juni 1961**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mo. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstern 1 Jeden 1. Di. im Monat 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgrasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
16. Liebhartsgrasse 56 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26
Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo. im Monat, 17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
23. Liesing,
Breitenfurter Straße 2 Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
19. Billrothstraße 48 Jeden 1. u. 3. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
(Arbeiterheim Döbling)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim,
Wiener Straße 2 Jeden Mo. u. Sa., 8.30 bis 11.30 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock
Zimmer 24 Tägl. (außer Sa.), 9 bis 12 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2 Jeden 1. u. 3. Sa im Monat, 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Jeden 1. Mi. i. Mo-
nat, 17 bis 19 Uhr

- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Müllerstraße 30/I. Bitte vorher tele-
phonisch anfragen: Nr. 7 11 12.